

EWE-Chef: EU-Regeln gefährden Wasserstoffzukunft in Emden!

EWE-Chef Dohler fordert klare EU-Rahmenbedingungen für Wasserstoffproduktion in Emden. 500 Mio. Euro Investitionen bis 2028.



Emden, Deutschland - Die Zukunft der Wasserstoffwirtschaft in Deutschland könnte in den kommenden Jahren auf der Kippe stehen, wenn nicht bald verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. EWE-Chef Stefan Dohler verlangt von der Bundesregierung, dass sie klare Gesetzgebungen bezüglich der Wasserstoffproduktion und eine starke Vertretung in Brüssel sicherstellt. „Wir wollen bis spätestens nächstes Jahr wissen, wo wir stehen“, äußerte er kürzlich. EWE investiert massiv in Emden und plant den Bau der größten Wasserstoffproduktionsanlage Deutschlands mit einem beeindruckenden 320-Megawatt-Elektrolyseur. Doch dabei kommt es zu Herausforderungen: Laut Dohler können die EU-Vorgaben zur Stromnutzung die Produktionskosten um bis zu 50 Prozent erhöhen. Diese

zusätzlichen Kosten belasten nicht nur das Unternehmen, sondern könnten auch die gesamte Wasserstoffwirtschaft in Deutschland gefährden, wie **n-tv.de berichtet**.

In dieser kritischen Phase plant EWE, die Wasserstoffproduktion bis 2028 auf eine Menge von 1 Milliarde kWh pro Jahr zu steigern, was besonders für Industrie und Schwerlastverkehr von Bedeutung ist. Dafür sind die Gesamtinvestitionen in Emden auf über 500 Millionen Euro kalkuliert, zusätzlich werden weitere 300 Millionen Euro für den Transport und die Speicherung des Wasserstoffs eingeplant. Die Verdichter für den Elektrolyseur werden von Neuman & Esser geliefert, die bereits im März an einem H₂-Speicherprojekt in Huntorf beteiligt waren. Diese massive staatliche Unterstützung ermöglicht es EWE, die Wasserstoffproduktion voranzutreiben, während gleichzeitig weitere Projekte geprüft werden, um die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu reduzieren.

EU-Vorgaben und ihre Auswirkungen

Die EU hat strenge Vorgaben zur Stromnutzung für Elektrolyseure festgelegt, die zentrale Herausforderung dabei bleibt die Gewährleistung von grüner Energie. EWE fordert daher eine Anpassung dieser Vorgaben durch die Bundesregierung. Die neue Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche hat ähnliche Bedenken geäußert und kritisiert, dass die strengen Regulierungen dem Wachstum der Wasserstoffwirtschaft entgegenstehen. Sie mahnt eine Diskussion über die notwendigen Anpassungen an. Ein Sprecher des Energieministeriums in Hannover hat empfohlen, die aktuellen Kriterien für den Strombezug zu überarbeiten oder zumindest auf das Jahr 2035 zu verschieben, um das Wachstum der Branche nicht zu behindern.

Zusätzlich zu den Herausforderungen durch EU-Regulierungen gibt es sinkende Chancen für Unternehmen, die freiwilligen Zielvorgaben zur Erhöhung des Anteils von grünem Wasserstoff zu erfüllen. Laut **ffe.de** könnte eine verpflichtende Regelung

bedeuten, dass Unternehmen bis 2030 mindestens 42 Prozent und bis 2035 sogar 60 Prozent ihres Wasserstoffs aus erneuerbaren Quellen beziehen müssen. So könnte es für die Chemie- und Stahlindustrie schwierig werden, ihre internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu halten, während Unternehmen außerhalb der EU große Vorteile durch niedrigere Kosten erzielen könnten. Solche Hindernisse stellen nicht nur die Produktion der Unternehmen in Frage, sondern auch die gesamte Transformation zur Klimaneutralität in Europa.

Die Perspektive für die Wasserstoffwirtschaft

Mit der Unterstützung durch die IPCEI-Förderlinie der EU haben Mitgliedstaaten die Möglichkeit, Industrieunternehmen Finanzmittel für innovative Projekte zur Verfügung zu stellen. Diese Maßnahmen könnten den dringend benötigten Schwung für die Wasserstoffwirtschaft geben. Doch nicht nur gesetzliche Regelungen sind notwendig, auch infrastrukturelle Investitionen sind entscheidend, um eine flächendeckende Wasserstoffversorgung zu gewährleisten. Stefan Dohler und sein Team bei EWE scheinen ein gutes Händchen zu haben, wenn es darum geht, die Wasserstoffproduktion voranzutreiben. Aber ohne die nötige Unterstützung und Anpassungen der Behörden droht die gesamte Branche ins Stocken zu geraten.

Das Geschehen in der Wasserstoffwirtschaft bleibt spannend, und alle Augen sind auf die kommenden Entscheidungen der Bundesregierung gerichtet. Sollte es nicht gelingen, die Rahmenbedingungen zu verbessern und die Mehrkosten zu reduzieren, könnte die Risikoabwägung in der Industrie schwerwiegende Folgen haben.

Details	
Ort	Emden, Deutschland
Quellen	• www.n-tv.de

Details

- www.mega-monheim.de
- www.ffe.de

Besuchen Sie uns auf: mein-bremen.net